

Slowakei

Marta Kralikova*

Die Europapolitik der Slowakei war von einer fortwährenden Unterstützung einer vertiefenden europäischen Integration gekennzeichnet. Dies zeigte sich insbesondere am slowakischen Interesse an einer engeren Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Energiefragen. Allein zur Migrationskrise wich die Slowakei sehr deutlich von der EU-Position ab. Das Land war ein starker Verfechter nationalstaatlicher Interessen.

Innenpolitische Entwicklungen

Die Parlamentswahlen vom März 2016 stehen sowohl für politische Kontinuität als auch Wandel. Die Wahlgewinnerin, die sozialdemokratische SMER-Partei, erhielt mit 28 Prozent zwar den größten Wahlstimmenanteil aus der Bevölkerung, verzeichnete gegenüber 2012 jedoch einen Stimmenrückgang von 16 Prozent. Die parlamentarische Koalition, geführt vom nun zum dritten Mal im Amt bestätigten Premierminister Robert Fico, wurde auf Grundlage eines breiten parteipolitischen Konsenses gebildet, wodurch es zu einer Zusammenarbeit der ungarischen Partei mit den slowakischen Nationalisten kam.¹ Das Regierungsprogramm bekennt sich eindeutig zu den demokratischen Traditionen und Werten der Europäischen Union und bekräftigt die Verwurzelung des Landes in der Union als Quelle politischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit. Die Europäische Union sei die erste Bühne zur Verfolgung slowakischer Interessen.²

Eher unerwartet zog die rechtsextreme Volkspartei unsere Slowakei (Kotleba – Ludová strana Naše Slovensko) mit 8 Prozent ins Parlament ein. Dieses Ergebnis spiegelt ein gestiegenes Interesse an alternativen politischen Projekten, aber auch tiefe Unzufriedenheit mit sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in einigen vernachlässigten Regionen in der Slowakei wieder. Die Partei lehnt offen die slowakische Mitgliedschaft in NATO und Europäischer Union ab und plant ein EU-Austrittsreferendum.³

Agenda der ersten slowakischen EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2016 trat die Slowakei ihre erste Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union an. Die Slowakei hat folgende vier Ziele für ihr Ratspräsidentschaft definiert: (1) Stärkung der europäischen Wirtschaft durch eine Kapitalmarktunion und eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, (2) Modernisierung des Binnenmarkts und Abschaffung noch bestehender Hemmnisse durch Vorantreiben der Energieunion und des digitalen Binnenmarkts,⁴ (3) effektives Management des Flüchtlingsstroms auf Grundlage einer nachhaltigen Migrations- und Asylpolitik, Sicherung der Außengrenzen und einer effek-

* Übersetzt aus dem Englischen von Jeldrik T.B. Grups und Julia Klein.

1 Radoslav Tomek: Slovak President Appoints Cabinet of Returning Premier Fico, in: Bloomberg, 23.3.2016.

2 Manifesto of the Government of the Slovak Republic, 2016, abrufbar unter: <http://www.vlada.gov.sk/data/files/6489.pdf> (letzter Zugriff: 25.10.2016).

3 Benjamin Cunningham: 5 takeaways from Slovakia's election, in: Politico, 6.3.2016.

4 Jacopo Barigazzi: Slovaks will try to break the EU 'integration' taboo, in: Politico, 21.6.2016.

tiven Kooperation mit Drittstaaten sowie (4) Stärkung der globalen Rolle der Union durch engere Beziehungen zu externen Akteuren, starke wirtschaftliche Beziehungen, die Unterstützung von Stabilität, Wohlstand und Demokratie in der EU-Nachbarschaft und eine glaubwürdige Erweiterungspolitik.⁵ Diese Prioritäten spiegeln das Streben der Slowakei wieder, sowohl die Union und ihre Resilienz gegenüber äußeren und internen Herausforderungen zu stärken, als auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt wiederherzustellen. Sie fußen auf zwei Säulen: der Förderung von nachhaltigen Langzeitlösungen mit strategischer Vision einerseits und einer positiven Agenda der Union andererseits. Diese Prioritäten stellen angesichts der aktuellen multiplen Krisen der Europäischen Union große Herausforderungen dar.

Außenpolitik

Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) war die Slowakei hauptsächlich in Sachen des Beistands für die Länder der Östlichen Partnerschaft und des Westbalkans engagiert. Die Unterstützung der Transformationsprozesse und das Aufrechterhalten der Glaubwürdigkeit der EU-Erweiterungspolitik haben hierbei die höchste Priorität. Daher reagierte die Slowakei positiv auf die Bewerbung Bosniens und Herzegowinas um EU-Mitgliedschaft und die wiederbelebten Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, während sie jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit des Erfüllens aller Voraussetzungen betonte. Die Slowakei unterstützte die Ukraine aktiv, leistete humanitäre und Entwicklungshilfe und stellte Expertise im Wirtschafts-, Energie- und Sicherheitssektor bereit. Darüber hinaus engagierte es sich für eine vollständige Visaliberalisierung für die Ukraine und Georgien. Während die Slowakei die gemeinsame EU-Position bezüglich den Sanktionen gegen Russland solange mitträgt, bis die Anforderungen der Minsker Vereinbarungen erfüllt sind, ist Premierminister Fico jedoch gleichzeitig ein Verfechter davon, die Beziehungen der Europäischen Union mit Russland zu überdenken.⁶

Vor allem mit Blick auf terroristischen Bedrohungen in Europa betont die Slowakei die Notwendigkeit, die europäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verbessern. Das Land plant für 2017 eine neue mit der Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union kohärente Strategie.

Migrationspolitik

Obwohl sich die Migrationskrise zuspitzte, rückte die Slowakei nicht von ihrer Einstellung zum europäischen Umsiedlungs- und Verteilungsplan für Flüchtlinge ab und beharrte weiterhin darauf, dass die Aufnahme von Flüchtlingen nur auf freiwilliger Basis geschehen dürfe. Gegen den Beschluss (EU) 2015/1601 des Rates vom 22. September 2015 zur Einführung von vorläufigen Maßnahmen im Bereich des internationalen Schutzes zugunsten von Italien und Griechenland reichte die Slowakei im Dezember 2015 eine Klage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union ein. Die Ablehnung einer verpflichtenden Quotenregelung traf in der Slowakei in weiten Teilen des politischen Spektrums auf Unterstützung. Die slowakische Antwort auf die Krise sah in Abstimmung mit den anderen Staaten der Visegrád-Gruppe vornehmlich eine Sicherung der Schengen-Außengrenzen und eine Verstärkung der Mittelmeeroperationen von FRONTEX und der Europäischen Grenz-

5 The Programme of the Slovak Presidency of the Council of the European Union, 2016, abrufbar unter: <http://www.eu2016.sk/en/programme-and-priorities/priorities-of-the-slovak-presidency> (letzter Zugriff: 25.10.2016).

6 Eric Maurice: EU must change ‚ideological‘ policy on Russia, says Slovak FM, in: Euobserver, 30.6.2016.

und Küstenwache vor.⁷ Gleichzeitig wurde eine verstärkte Unterstützung der Herkunftsländer und der Türkei im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung präferiert. Die Versicherungslösung des Themas seitens der inländischen politischen Elite schlug sich auch auf die öffentliche Meinung nieder. 56 Prozent der Bevölkerung sind nicht mit einer Aufnahme von Flüchtlingen einverstanden.⁸ An der restriktiven Einwanderungspolitik wird trotz der geringen Geburtenrate und einer hohen Auswanderungsrate gut ausgebildeter Arbeitnehmer (circa 30.000 junge Slowakinnen und Slowaken verlassen pro Jahr das Land) weiterhin festgehalten.⁹

Interinstitutionelle Vereinbarung und Brexit

Eine der Aufgaben der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft war die Umsetzung der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission (2015/2005(ACI)) von Februar 2016. Die Slowakei befürwortet eine effektivere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen im Rahmen der existierenden EU-Verträge und unterstützt eine gestärkte Position nationaler Parlamente und der Mitgliedstaaten.¹⁰

Nicht allein angesichts der 90.000 in Großbritannien lebenden Slowakinnen und Slowaken war die Slowakei ein großer Fürsprecher eines EU-Verbleibs des Vereinigten Königreichs. Obwohl die Slowakei grundsätzlich ein EU-optimistisches Land ist, mögen die Turbulenzen nach dem Brexit zu einer gestiegenen Skepsis beigetragen haben. Daher sind die Stabilisierung der Europäischen Union und die Vermittlung eines positiveren Images der Union von großer Bedeutung für die slowakische Führung.¹¹ Angesichts von Desintegrationsgefahren befürwortet die Slowakei die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Schengenraums und der Personen- beziehungsweise Warenfreizügigkeit.

Wirtschaftliche Themen

Die slowakische Regierung hofft auf einen baldigen Abschluss des Freihandelsabkommens TTIP, das von 50 Prozent der Bevölkerung unterstützt wird.¹² Das Abkommen stellt für das Land eine Chance auf Wachstum dar und ein neues Investitionsschutzsystem bereit. Mit Blick auf Umweltfragen, Lebensmittelindustrie, Verbraucherschutz und kleine und mittelständische Unternehmen nimmt die Slowakei jedoch eine vorsichtige Position ein. Eine Debatte zwischen Unternehmen und der Gesellschaft findet weitgehend nicht statt.¹³

Die Slowakei erholte sich relativ schnell von der Finanzkrise. Ende 2015 wuchs die Wirtschaft um 4,2 Prozent an, die Arbeitslosenquote fiel im März 2016 unter 10 Prozent und die Prognosen für 2016 und 2017 sagen ein Wirtschaftswachstum von 3 Prozent voraus.¹⁴ Im Rahmen des Europäischen Semesters kritisierte die Europäische Kommission, dass es der Slowakei lediglich mit beschränktem Erfolg gelang, die länderspezifischen Empfehlungen aus dem Jahr 2015 umzusetzen. Die Kommission unterstrich die Notwendigkeit, bürokratische Hürden für Unternehmen zu senken, die öffentliche Verwaltung effi-

7 Zuzana Gabrižová: 250 000 eur. Sankcia alebo vykúpenie?, in: EurActiv.sk, 5.5.2016.

8 Martin Dubéci: Čo si myslia ľudia o utečencoch?, in: DennikN, 16.9.2015.

9 Peter Kremšký: Talenty pre Slovensko, Business Alliance of Slovakia, 2015, abrufbar unter: <http://alianciapas.sk/wp-content/uploads/2015/12/Talenty-pre-Slovensko.pdf> (letzter Zugriff: 25.10.2016).

10 Eric Marice: Slovak EU presidency aims to take power away from Brussels, in: Euobserver, 30.6.2016.

11 The Programme of the Slovak Presidency of the Council of the European Union, 2016.

12 Marta Orosz: How are the V4 countries negotiating the TTIP? in: VisegradRevue, 18.5.2016.

13 SITA: O TTIP treba diskutovať vecne, myslí si Lajčák, in: Pravda, 9.5.2016.

14 European Commission: Country Report Slovakia 2016, SWD(2016) 93, 26 February 2016.

zienter zu gestalten, die Kosteneffizienz im Gesundheitssektor zu steigern, Maßnahmen gegen Langzeitarbeitslosigkeit und das öffentliche Beschaffungssystem sowie den Bildungssektor zu verbessern. Die Slowakei ist eines der EU-Länder mit den niedrigsten öffentlichen Ausgaben für eine medizinische Grundversorgung (0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, BIP) und eine aktive Arbeitsmarktpolitik (0,17 Prozent des BIP im Jahre 2013).¹⁵ Zudem ist das slowakische Bildungssystem mangelbehaftet und nur unzureichend darauf ausgerichtet, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Slowakei zu erhöhen. Trotz einiger EU-Anreize, die europäische Wirtschaft durch Innovation und Technologie wiederzubeleben, sind die slowakischen Bemühungen im Bereich Forschung und Entwicklung noch eher zaghaft, was auf einen fragmentierten Governance-Rahmen, geringe Internationalisierung, mangelhafte öffentliche Finanzierung und ein geringes Maß an Privatinvestitionen zurückzuführen ist.¹⁶

Die Slowakei möchte während der EU-Ratspräsidentschaft eine Debatte über eine fiskalische Integration zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion anstoßen.¹⁷ Verbesserungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in der Eurozone und eine konstruktive Diskussion über Instrumente zur Abmilderung asymmetrischer Schocks betrachtet die Slowakei als nationale Priorität. Auch weil das Wirtschaftswachstum hauptsächlich vom EU-Binnenmarkt abhängig ist (85 Prozent der slowakischen Exporte und 79 Prozent der Importe,) ist ein funktionierender Binnenmarkt von besonderem Interesse.¹⁸

Integration im Energiesektor

Mit Blick auf eine Vertiefung der europäischen Integration sind Fortschritte im Bereich der Energieunion eines der Hauptanliegen der Slowakei. Dies spiegelt ein nationales Kerninteresse wider und findet bei 70 Prozent der Slowakinnen und Slowaken breite Unterstützung.¹⁹ Neben Diversifizierung, sichere Gasversorgung, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit verfolgt die Slowakei eine Priorisierung des Eastring-Projekts. Ein starkes slowakisches Engagement in diesem Bereich ist vor allem angesichts des Vorschlags einer Nord Stream 2-Pipeline besonders relevant. Gegen dieses Projekt, das vorsieht, russisches Gas durch die Ostsee nach Deutschland zu leiten, regt sich in der Slowakei und anderen mittel- und osteuropäischen Staaten großer Widerstand. Als Transitland würden der Slowakei Einnahmen von bis zu 1 Mrd. Euro pro Jahr entgehen und das Land wäre gezwungen, neue Transportinfrastruktur zu bauen, während die bestehenden Verbindungen mit der Ukraine ungenutzt blieben. Dies hätte seinerseits schwere Auswirkungen auf die ukrainische Energiesicherheit.²⁰

Weiterführende Literatur

Ana Benje: Slovakia: country of many paradoxes, 2016, abrufbar unter: <https://www.ifri.org/en/publications/publications-ifri/slovakia-country-many-paradoxes> (letzter Zugriff: 9.11.2016).

Martin Dubéci: Slovakia: Migration trends and political dynamics, 2016, abrufbar unter: <http://www.cepolicy.org/publications/slovakia-migration-trends-and-political-dynamics> (letzter Zugriff: 9.11.2016).

15 European Commission: Country Report Slovakia 2016.

16 Miroslav Vajs: Európa stavia na výskum, Slovensko zaostáva, in: Pravda, 22.12.2015.

17 Barigazzi: Slovaks will try to break the EU 'integration' taboo, 2016.

18 Eurostat: International trade in goods in 2015, Press release 60/2016, 31.3.2016.

19 European Commission: Standard EuroBarometer 84, December 2015.

20 Georgi Gotev: EU leaders to clash over Nord Stream 2 at summit, in: EurActiv.com, 4.12.2015.